

Medienmitteilung

Stadtrat Winterthur

18. September 2012 (2 Seiten)

Ausgeglichenes Budget trotz weniger Steuereinnahmen

Der Stadtrat präsentiert dem Grossen Gemeinderat für das Jahr 2013 bei gleich bleibendem Steuerfuss ein ausgeglichenes Budget mit einem Nettovolumen von rund 1,25 Milliarden Franken. Gegenüber dem Vorjahr steigt der Umsatz um 2 Prozent. Wegen des Ausgleichs der kalten Progression und höheren Familienabzügen sinken die Steuereinnahmen um 3 Prozent. Diese Entwicklung wirkt sich schon in der Rechnung 2012 aus und ist auch in der Stadt Zürich zu beobachten. Das ausgeglichene Budget konnte nur nach zwei grossen Sparrunden und dem Verzicht auf die Gewährung des Erfahrungs- und Leistungsanteils für das Personal erreicht werden.

Nach wie vor wächst die Stadt Winterthur, was in diversen Bereichen, wie zum Beispiel bei den individuellen Unterstützungsleistungen, der Volksschule und der Infrastruktur Folgekosten nach sich zieht, die durch zusätzliche Steuern nicht gedeckt werden können. Im Weiteren belasten den Gemeinden übertragene Aufgaben, wie die neu geschaffene Behörde für Kinder- und Erwachsenenschutz, das Stadtbudget. Auch die Veränderungen des neuen Volksschulgesetzes wirken sich immer noch mit zusätzlichen Kosten aus. Dies macht sich vor allem bei den stark vermehrten Einweisungen von Kindern in Sonderschulen bemerkbar, welche seit Kurzem nicht mehr durch die IV finanziert werden. Ein grosser Teil der Mehrkosten belastet deshalb die Gemeinden.

Das ausgeglichene Budget konnte nur dank einschneidenden Sparmassnahmen erreicht werden. Dazu müssen auch die städtischen Angestellten beitragen. Der Stadtrat sieht sich gezwungen, auf die Personalmassnahmen (Erfahrungsstufe und Leistungsquote) zu verzichten. Dieser Verlust für das Personal wird durch die negative Teuerung etwas gemindert. Im Weiteren halfen zwei Ausnahmejahre im neuen Finanzausgleich, den Winterthurer Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Im Einführungsjahr 2012 gelten Übergangsbestimmungen, die zu einem höheren Ressourcenausgleich geführt haben. Im kommenden Jahr lassen die extrem hohen Steuereinnahmen einer Gemeinde den Ressourcenausgleich zu einer neuen Rekordhöhe von 92 Millionen Franken ansteigen. Für die Zukunft wird allerdings mit einem um rund 20 Millionen Franken tieferen Ressourcenausgleich gerechnet, was 8 Steuerprozenten entspricht. Diese Perspektiven sind für die Stadt Winterthur eine Herausforderung. Es werden grosse Anstrengungen notwendig sein, das Gleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen künftig zu erhalten.

Eine Überprüfung der Instrumente des neuen Finanzausgleichs ist im Gesetz vorgesehen und notwendig. Auch die Höhe des Zentrumslastenausgleichs wird neu berechnet werden müssen. Dass dieser ausser der Teuerung keiner anderen Dynamik unterliegt, wirkt sich negativ aus. Die Zentrumslasten wurden auf Grundlagen des Jahres 2005 berechnet. Seither ist die Bevöl-

kerung der Stadt Winterthur jedoch um mehr als 10 Prozent gewachsen, was die eingangs beschriebenen Kostensteigerungen zur Folge hatte. So sind beispielsweise die Kosten für die individuelle Unterstützung (Sozialhilfe und AHV-Ergänzungsleistungen) im gleichen Zeitraum um 50 Prozent beziehungsweise 33 Millionen Franken gestiegen. Diese Entwicklung kann die Stadt Winterthur nicht alleine tragen.
